

Argentinien besetzte Betriebe

Das emanzipatorische Potenzial
und die Grenzen der Arbeiterkontrolle

In den 1990er Jahren und danach in verstärktem Maß als Konsequenz der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2001/2002 entstanden in Argentinien eine Vielzahl von sozialen Bewegungen: neue Gewerkschaften, Arbeitslosenorganisationen, Nachbarschaftsversammlungen, Müllsammler und besetzte, selbstverwaltete Betriebe (Uriona 2006: 89). Während die meisten Initiativen im Zuge von Argentinien wirtschaftlichem Aufschwung in den Folgejahren rasch wieder in der Bedeutungslosigkeit versanken, etablierten sich die besetzten Betriebe als eine relativ starke und gut organisierte Form des sozialen Protestes. Der jahrelange Kampf der Arbeiter um die Wiedereingangssetzung der Produktionsanlagen konkursgegangener, verschuldeter Unternehmen veränderte zum Teil auf radikale Weise die bestehenden Formen von Repräsentation und Partizipation am Arbeitsplatz.

Von Versammlungen erhaltene Mandate, direkte Wahlen von internen Kommissionen, die Rotation von Positionen und Koordinatoren, die Repräsentation von Minderheitsstimmen und die freie Meinungsäußerung der Arbeiter und Arbeiterinnen etablierten sich als Praxen, die deren direktdemokratische Beteiligung förderte (Korol 2005). Diese Errungenschaften ersetzten sowohl die hierarchischen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeiterschaft als auch die bürokratische Führung von Seiten der traditionellen klientelistischen Gewerkschaften. Der vorliegende Text zielt zum einen darauf ab, kurz den spezifischen sozio-ökonomischen und politisch-ideologischen Kontext nachzuzeichnen, der die Wiederbelebung der Selbstverwaltung in Argentinien hervorgebracht hat. Zum anderen soll auf das emanzipatorische Potenzial sowie die Hindernisse und Grenzen der Arbeiterselbstverwaltung in Argentinien eingegangen werden.

1. Die Renaissance der Selbstverwaltung in Argentinien

Seit den 1970er Jahren haben Debatten über Demokratie am Arbeitsplatz, solidarisches Wirtschaften und Selbstverwaltung einen starken Aufschwung erlebt. Dies ist vor allem das Ergebnis der neoliberalen Politik, die einen beträchtlichen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen in prekäre Arbeitsverhält-

nisse und in die Arbeitslosigkeit katapultierte. Diese Entwicklung zwang die marginalisierten Gesellschaftssektoren dazu, sich nach alternativen Formen der wirtschaftlichen Tätigkeit umzuschauen. In Folge der desaströsen Strukturanpassungsprogramme in den 1980er Jahren breiteten sich heterogene Kooperationsinitiativen und demokratisch organisierte Produktionsmodelle vor allem in verschiedenen Teilen Lateinamerikas aus (Sardá de Faria/Cavalcanti 2009: 23).

Argentinien's Entwicklung seit den 1970er Jahren ist gleichzeitig paradigmatisch und außergewöhnlich für die Region. Ähnlich wie andere lateinamerikanische Länder wurde das Land Zeuge tiefgreifender und teilweise tragischer sozial-ökonomischer und politischer Veränderungen: eine massive Auslandsverschuldung und Strukturanpassungsprogramme in Folge der Schuldenkrise von 1982, die Umsetzung neoliberaler Politik in den 1980er und 1990er Jahren, Deindustrialisierung und Finanzialisierung der Wirtschaft, Verarmung, Marginalisierung und Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung, wachsende soziale Ungleichheit und Prekarisierung; und schließlich der Aufstieg sozialer Protest- und Widerstandsbewegungen in den 1990er Jahren (Ranis 2010: 80). Das Außergewöhnliche an Argentinien's jüngerer Geschichte war der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch im Jahr 2001, der gleichzeitig die schwerste Krise in der jüngeren Geschichte des Landes darstellte. Diese Krise legte aber auch den Grundstein für das Aufkeimen neuer und unkonventioneller Formen wirtschaftlicher Organisation.

Ein kurzer Überblick über die Geschichte der Selbstverwaltung

Während des Großteils der Menschheitsgeschichte war die Beziehung zur Natur kollektiv organisiert und gründete sich auf die aktive Beteiligung der Mitglieder einer Gemeinschaft. Charakteristisch für vorkapitalistische Gesellschaften war die Einbettung des Marktes in die Gesellschaft. Polanyi (1944) untersuchte die historische Umkehrung dieser Beziehung mit dem Aufstieg der kapitalistischen Produktionsweise. Das Konzept der Selbstverwaltung bezieht sich auf »eine Form der Institutionalisierung, die sowohl die externe als auch interne Bürokratisierung ablehnt« (Cox 1987: 32, Übers. d. A.). Historisch gesehen war das Konzept eng mit dem Kampf der Arbeiter für eine post-kapitalistische Form der gesellschaftlichen Organisation verknüpft (Bonnet 2011). Marx sah die selbstorganisierte Assoziation »freier Menschen (...), die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben« (MEW 23: 92), als die grundlegende Organisationsform für die Schaffung einer alternativen Gesellschaftsordnung an.

Erste Erfahrungen der Selbstverwaltung im Kapitalismus reichen zurück bis zu Robert Owens utopischem Sozialismus im England des frühen 19. Jahrhunderts (Leubolt/Auinger 2006: 40f.). Im Jahr 1871 war es die Gründung der Pariser Kommune, die einen kurzlebigen Versuch der Selbstverwaltung darstellte und die blutig niedergeschlagen wurde (Marx 1871, Gluckstein 2011: 34f.).¹ Während des Ersten Weltkriegs fanden Fabrikbesetzungen in Deutschland unter der Führung der Revolutionären Obleute (Hoffrogge 2011) und in Russland als Teil der bolschewistischen Revolution statt. Unmittelbar nach dem Krieg, in den Jahren 1919-1920, erlebten die norditalienischen Städte Turin und Mailand eine Reihe von wild umkämpften Betriebsbesetzungen (Di Paola 2011). Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die späten 1980er Jahre entstand in Jugoslawien ein historisch einzigartiges System der Arbeiterselbstverwaltung. Im Gegensatz zur Sowjetunion wurde die zentrale Planung abgelehnt und stattdessen ein dezentrales wirtschaftliches, politisches und soziales Modell gefördert, das sich in erster Linie auf Mitbestimmung und Selbstorganisation der Arbeiter stützte (Herbert 2006: 25ff., Musić 2011).

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist Lateinamerika als Region im Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen um die Kontrolle der Produktionsmittel zunehmend in den Vordergrund gerückt. Als Antwort auf die strukturelle Transformation der Region, die sich unter dem Banner der neoliberalen Globalisierung seit den 1970er Jahren entfaltet hatte, entstanden zahlreiche soziale Bewegungen.² Neben Argentinien breiteten sich Selbstverwaltungsformen auch in den indigenen Kommunen in Chiapas (Boyer 2006), in Brasilien (Müller-Plantenberg 2006, Auinger 2005, 2007, Sardá de Faria/Cavalcanti 2009, Sardá de Faria/Novaes 2011), in Venezuela (Azzellini 2011) und in der Grenzregion von Arauca zwischen Kolumbien und Venezuela (Arps/Zelik 2006) aus.

¹ Zu den Ursprüngen und den ersten praktischen Erfahrungen der Arbeiterselbstverwaltung vgl. Gubitzer 1989, Albert 2003, Ness/Azzellini 2011.

² In einigen Ländern gelang es Arbeitslosenbewegungen, die nationalen Regierungen zumindest teilweise von ihren Forderungen zu überzeugen. Insbesondere leisteten die Regierungen in Brasilien und Venezuela konkrete Unterstützung für diverse Initiativen der Arbeiterselbstverwaltung durch die Finanzierung von Kreditprogrammen für Genossenschaften und die Subventionierung von Bildungsprogrammen für Mitglieder von Genossenschaften. Darüber hinaus unternahmen die Regierungen beider Länder durch die Legalisierung besetzter Betriebe und die Enteignung konkursgegangener Unternehmen konkrete Schritte zur Institutionalisierung solidarischer Produktionsmodelle (Leubolt/Auinger 2006: 43f.).

Das Wiedererstarken von Betriebsbesetzungen in Argentinien

Argentinien hat eine lange Geschichte von Arbeiter- und Selbstverwaltungs-kämpfen. Während der frühen 1970er Jahre waren Fabrikbesetzungen eine verbreitete Taktik des Widerstands gewesen (Scodeller 2011). Doch bis Mitte der 1990er Jahre waren fast alle Versuche, die Kontrolle über Produktionsstätten zu übernehmen, kurzlebig und hatten letztendlich mit einer Rückkehr zu traditionellen, hierarchischen Arbeitsbeziehungen geendet (Geiger 2006: 93).

Die Krise von 2001-2002 führte zur Insolvenz von schätzungsweise 30.000 Industrieunternehmen und vernichtete rund 750.000 Arbeitsplätze, was 9% der gesamten argentinischen Arbeiterschaft entsprach (Sardá de Faria/Cavalcanti 2009: 39). Den Schließungen waren in vielen Fällen drastische Lohnkürzungen und das Zurückhalten ausstehender Gehälter vorausgegangen. Mit all ihren verheerenden sozialen Folgen war die Krise aber auch Geburtsheiferin neuer politischer Praxen.

Im November 2002 waren rund 150 der über 1.200 bankrotten Betriebe von 13.000 Arbeitern und Arbeiterinnen besetzt und schließlich wieder in Gang gesetzt worden. In dieser von Massenverarmung geprägten Zeit verfolgten die argentinische Regierung und die Provinzbehörden eine widersprüchliche Strategie gegenüber dem militanten Aktivismus der Arbeiter. In einigen Fällen wurden Werksbesetzungen toleriert oder sogar punktuell unterstützt.³ Die Regierung hoffte offensichtlich, mit dieser Politik eine drohende Eskalation sozialer Unruhen verhindern und eine ökonomische Notlösung für die Arbeiterinnen und Arbeiter anbieten zu können. Die Kooptation der Arbeiter von Seiten der argentinischen Regierung ging jedoch gleichzeitig mit einem direkten Angriff gegen die radikalsten und revolutionärsten Teile der Fabrikbesetzer einher (Cockcroft 2003, La Vaca Collective 2007).

Argentinien Selbstverwaltungsinitiativen sind politisch und sozial sehr heterogen. Auch die Betriebe, die im weitesten Sinne Teil der Bewegung sind, unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer sozialen und politischen Orientierung. Im Allgemeinen kann man zwischen zwei Hauptlinien unterscheiden: zum einen eine Gruppe von Fabriken, bei denen der politische Kampf und die soziale Emanzipation der Arbeiterschaft im Vordergrund stehen; und zum anderen ein Konglomerat von Akteuren, die sich in erster

³ Im Frühjahr 2002 gaben Änderungen in Argentinien Insolvenzgesetz den Arbeitern die Gelegenheit, für eine Dauer von zwei Jahren die rechtliche Kontrolle über die besetzten Unternehmen zu übernehmen, insofern sie dafür Genossenschaften gründeten. Die Mehrheit der besetzten Betriebe ging auf dieses Angebot ein, so dass im Jahr 2010 90% der selbstverwalteten Unternehmen genossenschaftlich betrieben wurden (Geiger 2006: 96).

Linie auf die Institutionalisierung der Betriebe, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter konzentrieren (Rebón/Salgado 2010: 191).

Die erste Strömung verfolgt eine eher autonome Agenda, die auf die Ausweitung der Selbstverwaltung und die entschädigungslose Verstaatlichung der besetzten Fabriken abzielt. Kapitalistische Eigentumsverhältnisse und die bürgerliche Staatsmacht werden vehement zurückgewiesen und gleichzeitig die Enteignung der besetzten Fabriken und die Wiederaufnahme der Produktion unter der direkten Kontrolle der Arbeiter gefordert. Darüber hinaus werden eine radikale Umgestaltung der argentinischen Gesellschaft und die Schaffung einer neuen sozialen Ordnung befürwortet, die auf Selbstverwaltung, Solidarität und partizipativer Demokratie basieren soll. Diese Gruppe wird von den Arbeitern von Zanón (einer Keramikfabrik in Neuquén), der lokalen Gewerkschaft (*Sindicato de Obreros y Empleados Ceramistas de Neuquén*) den Arbeitern der Schneiderei Bruckman in Buenos Aires, den *Madres de Plaza de Mayo* und dem *Movimiento Nacional de Fábricas Recuperadas* (MNER) angeführt (Villablanca 2010, Aiziczon 2009, Cockcroft 2003).

Die zweite Strömung, die sich durch eine reformistisch-konservative Position auszeichnet, verfolgt eine Strategie der schrittweisen Verbesserung innerhalb der bestehenden kapitalistischen (Re)-Produktion. Diese Gruppe wird hauptsächlich vom *Movimiento Nacional de Fábricas Recuperadas por los Trabajadores* (MNFRT) unter der Leitung von Luis Alberto Caro vertreten und genießt die Unterstützung der Katholischen Kirche sowie von Mitgliedern des peronistischen *Partido Justicialista* (JP) und dem Gewerkschaftsverband *Central de Trabajadores de la Argentina* (CTA). Die MNFRT unterstützt die Enteignung besetzter Fabriken unter bestimmten Voraussetzungen wie Entschädigung, Mietzahlungen für die Betriebe und Fristen für die Enteignungen (Apertura Colectiva 2010: 14, Ranis 2010: 84).

2. Das emanzipatorische Potenzial der Selbstverwaltung in Argentinien

Trotz aller Differenzen haben die besetzten Betriebe eine gemeinsame Basis, die von der Solidarität unter den Arbeitern und zu ihrem weiteren sozialen Umfeld, der demokratischen Teilhabe an der Entscheidungsfindung und dem kollektiven Eigentum an den Fabriken lebt. Es ist die praktische Anwendung dieser Grundsätze, in der das emanzipatorische Potenzial der argentinischen Selbstverwaltung zu finden ist (Bauni/Fajn 2010: 19).

Solidarität und kollektives Bewusstsein

Das Solidaritätsprinzip richtet sich gegen die Logik der Kapitalverwertung, in der die Menschen zu bloßen Mitteln für die kapitalistische (Re)-Produktion erniedrigt werden. Ein auf Solidarität basierendes Produktionsmodell betrachtet wirtschaftliche Tätigkeiten als ein Mittel der menschlichen Selbstverwirklichung und als einen Schritt zur individuellen und kollektiven Emanzipation. Die Solidarität zwischen den Arbeitern als Ausdruck des kollektiven Bewusstseins entsprang den gemeinsamen Erfahrungen im Kampf während der Besetzung der Betriebe, dem gemeinsamen Widerstand gegen Räumungsversuche, der Wiederaufnahme der Produktion und der kollektiven Schaffung eines Systems moralischer Werte.

Im Gegensatz zu traditionellen kapitalistischen Unternehmen, die Gewinnmaximierung und Strategien der exportorientierten Internationalisierung verfolgen, ordnete die Mehrheit der besetzten Betriebe ihr privates Profitstreben sozialen und gemeinnützigen Zielen, kollektiver Profitverteilung und der Errichtung kooperativer Formen der Organisation unter. Das Hauptziel der Arbeiterselbstverwaltung ist nicht die bloße Erzielung von Gewinnen, sondern deren Nutzung für soziale und kollektive Ziele, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Arbeitsplatzes, also die Umlenkung privater wirtschaftlicher Initiativen auf die Gesamtheit sozialer, ökologischer und moralischer Zwecke.

Im Hinblick auf die praktische Umsetzung der Solidarität gibt es eine starke Korrelation zwischen der Intensität des Kampfes um die Produktionsmittel während der Besetzung und der anschließenden solidarischen, demokratischen und kollektiven Organisation der Produktion. In Bezug auf die Vergütung wurden in den besetzten Fabriken traditionelle Löhne durch ein kollektiv erstelltes System der Gewinnausschüttung ersetzt, das die Entscheidung der Arbeiter und Arbeiterinnen widerspiegelt, die Gewinne entweder zu gleichen Teilen auszubezahlen oder ein Entlohnungssystem einzuführen, das die jeweilige individuelle Situation der Arbeiter mit einbezieht (Geiger 2006: 97). Im Jahr 2010 stützten sich 56% der besetzten Betriebe auf egalitäre Entlohnungssysteme (Programa Facultad Abierta 2010: 55).

In den meisten anderen Fabriken entstanden mit der Zeit Vergütungssysteme, die Aspekte wie Qualifikation, Erfahrung, Anzahl der Kinder, Verantwortung und Dienstalster in der Lohnberechnung berücksichtigten. Argentinien besetzte Fabriken unterscheiden sich dennoch von traditionellen kapitalistischen Firmen durch das Fehlen großer sozialer Unterschiede zwischen den Arbeitern, was durch die Einführung von Lohnober- und untergrenzen gewährleistet wird (Bauni/Fajn 2010: 28, Rebón/Salgado 2010: 189, La Vaca Collective 2007: 38).

Darüber hinaus begannen die Arbeiter durch die Einführung flexibler Rotationspläne eine größere Zahl verschiedener Aufgaben auszuführen, als dies während der traditionellen Beschäftigung der Fall gewesen war. Dadurch erhöhte sich die Verantwortung in den verschiedenen Stufen des Produktionsprozesses und gleichzeitig entstand ein Gefühl der Partizipation, Eigenverantwortung und Freiheit (Costa 2010: 119). Die organisatorischen Veränderungen innerhalb der besetzten Betriebe verwandelten auch die bisher verwendeten Mechanismen der Kontrolle. Statt auf Zwang griffen die Arbeiter auf konsensuale, auf Dialog beruhende Formen der Konfliktlösung zurück. In vielen Fällen wurden auch Verhaltenskodexe vereinbart und eingeführt (Rebón/Salgado 2010: 196).

Partizipative Demokratie am Arbeitsplatz

Das Demokratieprinzip gründet auf der Überzeugung, dass politische Gleichheit, das Grundprinzip der Demokratie, nicht ohne die Gleichstellung im wirtschaftlichen Bereich erzielt werden kann. Durch die Einbeziehung von Differenz und Dissens in den Prozess der Entscheidungsfindung in der Arbeiterversammlung auf Betriebsebene nähert sich das Demokratieprinzip sehr an den Begriff der »radikalen Demokratie« (Laclau/Mouffe 1985) an. Es fordert somit sowohl die liberale, parlamentarische Demokratie heraus als auch die deliberative Demokratie, die auf die Herstellung eines Konsens durch öffentlichen Diskurs abzielt.

Die Beteiligung der Arbeiter in den besetzten Betrieben ist fest in der Idee der gleichberechtigten demokratischen Entscheidungsfindung verwurzelt, also im Prinzip des one (wo-)man, one vote. Das übergeordnete Ziel ist es, eine gleichmäßige Verteilung der Macht zwischen den Arbeitern und Arbeiterinnen zu schaffen und eine demokratische Kontrolle innerhalb des Unternehmens zu etablieren (Auinger 2009, Costa 2010: 121). Die Disposition auf Seiten der Arbeiter, sich an der Entscheidungsfindung zu beteiligen, ist stark von ihrem Bildungsgrad abhängig, insbesondere vom persönlichen Wissen und von einem Verständnis des historischen Charakters der sozialen Strukturen und der darin vorherrschenden Machtverhältnisse (Hafner 2009: 54).

In fast allen besetzten Unternehmen Argentiniens ist die Versammlung das höchste Entscheidungsorgan. Sie bietet den Arbeitern und Arbeiterinnen einen Raum und die Gelegenheit, relevante Themen hinsichtlich rechtlicher und politischer Strategien, finanzieller und organisatorischer Fragen oder Solidaritätsaktionen zugunsten der lokalen Gemeinschaft, gemeinsam mit anderen besetzten Betrieben zu besprechen. Die Diskussion unter den Arbeitern wird dadurch zu einer auf Gegenseitigkeit basierenden

und eine intersubjektive Wahrheit suchenden Tätigkeit, bei der die individuelle Beteiligung direkten Einfluss auf die künftige Gestalt des Kollektivs hat. Aus praktischen und zeitsparenden Gründen kam es allerdings in vielen besetzten Fabriken zur Schaffung von gewählten Delegationen, die die Relevanz und Häufigkeit der Versammlungen entscheidend reduzierten (Rebón/Salgado 2010: 196).

Kollektives Eigentum und neue Subjektivität

Durch die Priorisierung des Rechts auf Arbeit gegenüber dem Recht auf Privateigentum stellen Argentiniens Betriebsbesetzungen und Initiativen der Arbeiterselbstverwaltung eine der tragenden Säulen der kapitalistischen Verhältnisse in Frage. Das Konzept des kollektiven Eigentums transzendiert die klassendefinierende Trennung zwischen Kapital und Arbeit; die grundlegenden Strukturen kapitalistischer Produktion und Organisation werden durch egalitäre und horizontale Beziehungen zwischen den Mitgliedern des besetzten Betriebs ersetzt (Heller 2002: 4).

Darüber hinaus führte die Schaffung von kollektivem Eigentum und die Selbstverwaltung der Produktion zu einer neuen Form der Arbeitersubjektivität. Die autonome und kollektive Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen überwand die postfordistische Produktionsweise teilweise durch ihren Fokus auf Selbstbestimmung und Selbstexperiment. Dies stellt auch einen Versuch dar, die tayloristischen Produktionsmethoden, die auf die sorgfältige Planung und die rigorose Kontrolle jeder Bewegung und jedes Moments des Arbeitsprozesses abzielen, aufzuheben. In der Selbstverwaltung zeigt sich somit das Potenzial, die umfassende Nutzung und die Integration der individuellen Fähigkeiten in das kollektiv geführte Unternehmen zu fördern (Moldaschl/Weber 2009: 95, Sanmartino 2003).

3. Hindernisse und Grenzen

Die meisten besetzten Betriebe in Argentinien waren zunächst mit einem schwierigen Umfeld und ungünstigen Rahmenbedingungen für die Wiederaufnahme der Produktion konfrontiert. Die bedeutendsten externen Hindernisse, die die Arbeiter und Arbeiterinnen zu bewältigen hatten, waren der Mangel an Kapital, der fehlende Zugang zu Bankkrediten, der unsichere rechtliche Status, das Fehlen einer Gesetzgebung zugunsten der besetzten Betriebe und der Konkurrenzdruck von Seiten traditioneller kapitalistischer Unternehmen. Intern bestanden die wichtigsten Herausforderungen in den meist antiquierten oder sogar unbrauchbaren Maschinenparks, der Lang-

wierigkeit von Entscheidungsprozessen, der Dynamik zur Gruppenbildung, der Aushandlung von Regeln zur gerechten Verteilung von Einkommen und Gewinn und zur Einstellung neuer Arbeiter (Moldaschl/Weber 2009: 97f., Bauni/Fajn 2010: 24). Aus Platzgründen konzentriere ich mich im folgenden auf drei Punkte, mit denen die besetzten Betriebe zu kämpfen haben.

Das Dilemma mit dem Staat

In der Beziehung mit dem Staat sind Argentinien selbstverwaltete Fabriken mit einem Dilemma konfrontiert. Im Fall, dass sich die Arbeiter zu einem autonomen Kampf entschließen und die Rolle des Staates weitgehend ignorieren, ist es wahrscheinlich, dass ihre Bemühungen auf die lokale Ebene begrenzt bleiben. Dies beinhaltet das Risiko des Scheiterns aufgrund mangelnder finanzieller Mittel. Wenn der Kampf der Arbeiter hingegen auf die Zusammenarbeit mit dem Staat ausgerichtet wird, ist er durch eine staatliche Vereinnahmung und die Einbindung in bestehende Machtstrukturen bedroht (Leubolt/Auinger 2006: 44).

Argentinien besetzte Betriebe sind somit gezwungen, ein Verhältnis zu entwickeln, das sich zwischen einer Zusammenarbeit mit dem Staat (hinsichtlich einer Klärung der Rechtslage und finanzieller Förderung) und der notwendigen Distanz gegenüber Vereinnahmungs- und Assimilationsversuchen bewegt. Angesichts ihrer Abhängigkeit von rechtlicher und finanzieller Unterstützung müssen die Arbeiter stets dagegen ankämpfen, dass die Transformation von unten nicht als Folge der unvermeidlichen und strategischen Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat in eine Transformation von oben umschlägt.

Bis heute hat die argentinische Regierung keine kohärente Politik gegenüber den selbstverwalteten Betrieben entwickelt. Gesetzesinitiativen zugunsten des Privateigentums haben auch die juristischen Auseinandersetzungen, die um besetzte Fabriken ausgetragen wurden, entscheidend mitbestimmt. In vielen Fällen profitierten die ehemaligen Eigentümer von der Enteignung der Unternehmen, indem die Arbeiter am Ende mehr als den tatsächlichen Wert der Immobilien in den Auktionen bezahlen mussten (Geiger 2006: 99).

Das Dilemma mit dem Markt

Selbstverwaltung beinhaltet die potenzielle Gefahr der Selbstausbeutung innerhalb eines kapitalistischen Umfelds. In der Vergangenheit hatten Arbeiter oft versucht, ihren Wettbewerbsnachteil hinsichtlich der zur Verfügung stehenden technischen Mittel durch eine Erhöhung der totalen Arbeitsbelastung auszugleichen, sofern sie mit veralteten Maschinen arbeiten

mussten. Das Dilemma der möglichen Selbstausbeutung wurde bereits von Rosa Luxemburg treffend angesprochen:

»In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung, d.h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals, zur Existenzbedingung der Unternehmung. Praktisch äußert sich das in der Notwendigkeit, die Arbeit möglichst intensiv zu machen, sie zu verkürzen oder zu verlängern, je nach der Marktlage, die Arbeitskraft je nach den Anforderungen des Absatzmarktes heranzuziehen oder sie abzustößen und aufs Pflaster zu setzen, mit einem Worte, all die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt, oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst.« (Luxemburg 1899: 417)⁴

Da im Kapitalismus die Produktion vom Warenaustausch und Wettbewerb bestimmt wird, ist die Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen auch für das Überleben eines selbstverwalteten Unternehmens Voraussetzung. Im Falle der argentinischen besetzten Betriebe zwingen die Marktkräfte die Arbeiter dazu, selbst Kapitalisten zu werden. Das Fehlen von Vorgesetzten befreit die Arbeiter nicht vom Zwang, der von Konkurrenten ausgeübt wird. Um die Dominanz des Warenaustausches über die Produktionssphäre zu überwinden, müssten die besetzten Unternehmen versuchen, den Zwängen des freien Wettbewerbs zu entkommen. Dies kann letztlich nur durch die erfolgreiche Etablierung eines Systems von Konsumenten-Produzenten-Netzwerken erreicht werden, also durch die Schaffung einer parallelen Marktstruktur. Dies jedoch fesselt das Schicksal der Produzenten an die Konsumententscheidungen der Verbraucher, was wiederum dazu führt, dass die Produktion auf die Befriedigung der unmittelbaren sozialen Bedürfnisse innerhalb eines lokalen Kontexts beschränkt bleibt. Luxemburg zog daher den Schluss, dass Produktionsgenossenschaften als Instrumente ei-

⁴ Der durchschnittliche Arbeitstag in den selbstverwalteten Unternehmen dauerte im Jahr 2010 8,6 Stunden (Programa Facultad Abierta 2010: 55). Dies würde in der Tat Luxemburgs Argument widersprechen. Allerdings bleibt die potenzielle Gefahr der Selbstausbeutung als Folge der Dynamiken des kapitalistischen Marktes bestehen.

ner radikalen Umwandlung der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse nicht in Betracht gezogen werden können.

Nach mehr als einem Jahrzehnt des Kampfes und den täglichen Erfahrungen in der Selbstverwaltung hat bisher kein Wirtschaftszweig Argentiniens eine signifikante Verschiebung hin zu der Errichtung von autonomen und solidarischen Strukturen erlebt. Die Mehrheit der angeeigneten Betriebe sind klein- und mittelständische Unternehmen von lokaler Bedeutung, die nur über einen begrenzten Marktanteil in ihren jeweiligen Segmenten verfügen (Rebón/Salgado 2010: 189). Die meisten Betriebe sind weiterhin stark in die Verwertungsstrukturen des kapitalistischen Marktes integriert.

Im Hinblick auf die Organisation des Arbeitsprozesses, die Fragmentierung der Arbeitsschritte und die Wiederholung bestimmter Tätigkeiten unterscheiden sich Argentiniens selbstorganisierte Unternehmen tatsächlich kaum von traditionellen kapitalistischen Betrieben (Bauni/Fajn 2010: 20, Rebón/Salgado 2010: 198). Die Nutzung bestimmter Technologien schränkt die Möglichkeit der Arbeiter ein, den Arbeitsprozess von Grund auf neu zu gestalten, sodass tatsächlich wesentliche organisatorische und soziale Veränderungen innerhalb des Unternehmens stattfinden könnten (Costa 2010: 118).

Die Kurzsichtigkeit der Selbsthilfe

Historisch gesehen war das vorrangige Ziel der Arbeiterselbstverwaltung nicht die Schaffung von demokratischen wirtschaftlichen Strukturen, sondern die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Verbesserung der materiellen Situation der Arbeiter (Flieger 2006: 57). In dieser Hinsicht ist die Mehrheit der selbstverwalteten Betriebe in Argentinien keine Ausnahme. Der Kampf der Arbeiter sollte deshalb nicht mit emanzipatorischen Bestrebungen der Arbeiterklasse und einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik gleichgesetzt werden. In der Mehrzahl der Fälle ist die Besetzung der Fabriken und die anschließende Instandsetzung der Produktionsmittel nicht aus einer bestimmten antikapitalistischen Ideologie erwachsen, die von allen Arbeitern geteilt wurde (Rebón 2004: 10). Die Aktionen waren in erster Linie Maßnahmen der Selbsthilfe innerhalb eines diskreditierten politischen und wirtschaftlichen Systems, das weitgehend als korrupt und kriminell angesehen wurde. Der Gesetzesbruch, den die Betriebsbesetzung impliziert, wurde von den Arbeitern größtenteils als legitimer Akt der Notwehr angesichts der Krise und der sich verschärfenden sozioökonomischen Bedingungen betrachtet (Fajn u.a. 2003: 102, Altvater 2007: 29).

Die unternehmerischen und profitorientierten Haltungen der Arbeiter, die sich in der Mehrzahl der zurückgewonnenen Fabriken durchsetzten, hat-

ten in gewisser Weise wohl auch eine stabilisierende Wirkung auf Argentinien in den Jahren nach dem finanziellen Zusammenbruch. Durch die Förderung von Selbsthilfepraktiken legitimierten die Arbeiter in gewissem Sinne den Sozialabbau der Menem-Regierung im nachhinein und untergruben damit, zumindest teilweise, das Potenzial einer radikaleren Transformation der argentinischen Gesellschaft angesichts der schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes (vgl. Schlosser/Zeuner 2006: 32).

4. Perspektiven für eine zukünftige Ausweitung der Selbstverwaltung

In den Jahren nach Argentiniens wirtschaftlichem Kollaps stieg die Zahl der selbstverwalteten und besetzten Betriebe zwischen 2004 und 2010 von 161 auf 205 (Programa Facultad Abierta 2010: 7). Die Bedingungen, die eine solche Entwicklung genährt hatten, waren wesentlich gekennzeichnet durch den Mangel an Alternativen angesichts von struktureller Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Darüber hinaus führte der zehnjährige Kampf der Bewegung zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit und ermutigte andere Belegschaften zur Nachahmung.

Die Aussichten für eine Ausweitung der Selbstverwaltung in Argentinien hängen einerseits von einer Reihe sozioökonomischer und politischer Umstände ab, andererseits von der Fähigkeit der Arbeiterbewegung, ihren Kampf sowohl hinsichtlich der materiell-institutionellen Basis als auch in ideologisch-kultureller Hinsicht zu erweitern. Die strukturellen Grenzen und Widersprüche und die zunehmenden Krisentendenzen des post-fordistischen Akkumulationsmodells werden den Widerstand der Bevölkerung möglicherweise weiter intensivieren und die Suche nach alternativen Formen der sozio-ökonomischen und politischen Praxis fördern.

In diesem Prozess wird der Erfolg der besetzten und selbstverwalteten Betriebe in Argentinien weitgehend davon abhängen, ob eine produktive, kommerzielle, finanzielle, politische und kulturelle Einbettung in Netzwerke gelingt, die auf Zusammenarbeit, Solidarität und gegenseitiger Unterstützung basieren (Rebón/Salgado 2010: 206). Entscheidend hierfür ist die Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinden, Basisorganisationen, Kultureinrichtungen, soziale Bewegungen, Universitäten und unabhängigen Medien (Korol 2005: 20).

Schlussfolgerungen

Die Renaissance der Selbstverwaltung im globalen Kontext eines post-fordistischen, neoliberalen, finanzgetriebenen Akkumulationsregimes ist ein Versuch, die Dominanz des Marktes zu überwinden und ihn gleichsam wieder in Natur und Gesellschaft einzubetten (Altwater 2006: 17). Angesichts der zunehmenden Prekarisierung und des *De-skilling* von Arbeitern auf der ganzen Welt sind Initiativen der Selbstverwaltung als pragmatische und zum Teil radikale Antwort marginalisierter Sektoren innerhalb der Gesellschaft entstanden. Entgegen dem Trend zur Atomisierung der Arbeiterschaft unter neoliberaler Vorherrschaft haben Betriebsbesetzungen zu Prozessen einer echten Demokratisierung geführt und die Solidarität zwischen den Arbeitern gefördert.

Letztendlich gilt es, den Kampf für eine partizipative Demokratie am Arbeitsplatz, in der lokalen Gemeinschaft, der Familie und innerhalb von Bildungseinrichtungen auszutragen, also im »unpolitischen« Netzwerk der sozialen Beziehungen« (Žižek 2010: 88, Übers. d. A.). Trotz ihres hybriden, und zum Teil widersprüchlichen Charakters haben Argentinien's besetzte und selbstverwaltete Betriebe zur Schaffung eines neuen Raums für kritische Forschung und emanzipatorische Projekte beigetragen. Mit einer Vielzahl von Akteuren verknüpft haben Argentinien's selbstverwaltete Betriebe zweifellos das Potenzial, zur Überwindung der bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse und zur kollektiven Gestaltung alternativer Lebensformen beizutragen.

Literatur

- Aiziczon, F. (2009): *Zanón: Una experiencia de lucha obrera*, Buenos Aires: Herramienta.
- Albert, M. (2003): *Parecon (Participatory Economics): Life after capitalism*, London: Verso.
- Altwater, E. (2006): *Solidarisches Wirtschaften: prekär oder emanzipativ?*, in: Altwater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 9-21.
- Altwater, E. (2007): *Theoretische Herangehensweisen in den Wirtschaftswissenschaften und ihre Implikationen für die politische Ökonomie Lateinamerikas*, LAI Präsentation, 18.10.2007.
- Apertura Colectiva (2010): *Empresas recuperadas por sus trabajadores*, in: *Gestión Obrera: Del fragmento a la acción colectiva*, Montevideo: Nordan, 13-17.
- Arps, A./Zelik, R. (2006): *Mit, im und gegen den Staat. Kooperativen im Grenzgebiet von Kolumbien und Venezuela*, in: Altwater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Öko-*

- nomie*, Hamburg: VSA, 124-131.
- Auinger, M. (2005): *Demokratisierungsimpulse und Ansatzpunkte für eine Transformation des Arbeitsprozesses in Brasilien*, *Journal für Entwicklungspolitik*, XXI 2-2005, Wien, 45-63.
- Auinger, M. (2007): *Solidarische Ökonomie und betriebliche Selbstverwaltung: Das Beispiel der Usina Catende in Pernambuco, Brasilien*, in: Faschingeder, G./Wittmann, V. (Hrsg.), *Eigentum anders: Beiträge junger ForscherInnen*, Linz: Trauner, 17-30.
- Auinger, M. (2009): *Introduction: Solidarity Economics-Emancipatory Social Change or Self-Help?*, *Journal für Entwicklungspolitik*, XXV 3-2009, Wien, 4-21.
- Azzellini, D. (2011): *Workers' control under Venezuela's Bolivarian Revolution*, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 382-399.
- Bauni, N./Fajn, G. (2010): *Las regulaciones de trabajo en las empresas recuperadas*, in: *Gestión Obrera: Del fragmento a la acción colectiva*, Montevideo: Nordan, 19-30.
- Bonnet, A.R. (2011): *The political form at last discovered: Workers' councils against the capitalist state*, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 66-81.
- Boyer, M. (2006): *Solidarische Vergesellschaftung indigener Gemeinden in Chiapas, Mexiko*, in: Altwater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 103-111.
- Cockcroft, J.D. (2003): *Argentina: The Argentinazo one year on*. IV Online Magazine, 347, http://www.internationalviewpoint.org/article.php?id_article=264, 16.10.2011.
- Costa, C.A. (2010): *Empresas recuperadas: ¿Democratización versus mercado?*, in: *Gestión Obrera: Del fragmento a la acción colectiva*, Montevideo: Nordan, 114-122.
- Cox, R.W. (1987): *Production, power and world order: Social forces in the making of history*, New York: Colombia University Press.
- Di Paola, P. (2011): *Factories councils in Turin, 1919-1920: »The sole and authentic social representatives of the proletarian class«*, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present* (pp. 130-147), Chicago: Haymarket.
- Fajn, G. u.a. (2003): *Fábricas y Empresas Recuperadas: protesta social, autogestión y rupturas en la subjetividad*, Buenos Aires: CCC.
- Flieger, B. (2006): *Genossenschaften in Deutschland: Teil der Solidarischen Ökonomie?*, in: Altwater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 47-61.
- Geiger, M. (2006): *Betriebsbesetzungen in Argentinien*, in: Altwater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 92-102.
- Gluckstein, D. (2011): *Workers' councils in Europe: A century of experience*, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 32-47.
- Gubitzer, L. (1989): *Geschichte der Selbstverwaltung*, München: AG SPAK.
- Hafner, A. (2009): *Genossenschaftliche Realität im baskischen Mondragón*, *Journal für Entwicklungspolitik*, XXV 3-2009, Wien, 43-64.
- Heller, P. (2002): *Fábricas ocupadas y gestión obrera: Los trabajadores frente al derumbe capitalista, Razón y Revolución*, 10. <http://www.razonyrevolucion.org/textos/revriry/prodetrab/rry10-13-heller.pdf>, 16.10. 2011.

- Herbert, G. (2006): Die »unsichtbare Hand« in der Selbstverwaltung, in: Altvater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 22-31.
- Hoffrogge, R. (2011): From unionism to workers' councils: The revolutionary shop stewards in Germany, 1914-1918, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 84-103.
- Korol, C. (Hrsg.) (2005): *Obreros sin patrón. Sistematización de la experiencia de los obreros y obreras de Zanónm*, Buenos Aires: Madres de Plaza de Mayo.
- La Vaca Collective (2007): *Sin Patrón: Stories from Argentina's worker-run factories*, Chicago: Haymarket.
- Laclau, E./Mouffe, C. (1985): *Hegemony and socialist strategy: Towards a radical democratic politics*, London/New York: Verso.
- Leubolt, B./Auinger, M. (2006): Lokale Initiativen und Staatlich Regulation, in: Altvater, E., Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 40-46.
- Luxemburg, R. (1899): *Sozialreform oder Revolution*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 1.1, Berlin: Dietz, 1982.
- Marx, K. (1871): *The Paris Commune*, in: Marx, K., *The Civil War in France*, <http://www.marxists.org/archive/marx/works/1871/civil-war-france/ch05.htm>, 16.10.2011.
- Marx, K. (1890): *Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie*, Erster Band, MEW 23, Berlin: Dietz, 1971.
- Moldaschl, M.F./Weber, W. G. (2009): Trägt organisationale Partizipation zur gesellschaftlichen Demokratisierung bei?, *Journal für Entwicklungspolitik* XXV 3-2009, Wien, 87-112.
- Müller-Plantenberg, C. (2006): *Solidarische Ökonomie in Brasilien*, in: Altvater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 112-123.
- Musić, G. (2011): Yugoslavia: Workers' self-management as state paradigm, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 172-190.
- Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.) (2011): *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket.
- Polanyi, K. (1944): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt: Suhrkamp, 1978.
- Programa Facultad Abierta/Facultad de Filosofía y Letras (UBA) (2010): *Informe el tercer relevamiento de empresas recuperadas por sus trabajadores: Las empresas recuperadas en la Argentina 2010*, http://www.recuperadasdoc.com.ar/Informes%20relevamientos/informe_ultima_correccion.pdf, 16.10.2011.
- Ranis, P. (2010): Argentine worker cooperatives in civil society: A challenge to capital-labor relations, *Working USA: The Journal of Labor and Society*, 13, 77-105.
- Rebón, J. (2004): *Desobedeciendo al desempleo: La experiencia de las empresas recuperadas*, Buenos Aires: Picaso.
- Rebón, J./Salgado, R. (2010): *Empresas recuperadas en la Ciudad de Buenos Aires*, in: *Gestión Obrera: Del fragmento a la acción colectiva*, Montevideo: Nordan, 189-208.
- Sanmartino, J. (2003): A year on from the revolutionary days in Argentina: A balance sheet of the political strategies, *Estrategia Internacional*, 19, <http://www.ft.org.ar/estrategia/ei19/ei19inglesargentina.htm>, 16.10.2011.

- estrategia/ei19/ei19inglesargentina.htm, 16.10.2011.
- Sardá de Faria, M./Cavalcanti Cunha, G. (2009): Self-management and solidarity economy: The challenges for worker-recovered companies in Brasil, *Journal für Entwicklungspolitik*, XXV 3-2009, Wien, 22-42.
- Sardá de Faria, M./Novaes, H.T. (2011): Brazilian recovered factories: The constraints of workers' control, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 400-417.
- Schlosser, I./Zeuner, B. (2006): *Gewerkschaften, Genossenschaften und Solidarische Ökonomie*, in: Altvater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 32-39.
- Scodeller, G. (2011): The limits and possibilities of workers' control within the state: Mendoza, Argentina, 1973, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 248-262.
- Uriona, V. (2006): *Moralische Ökonomie und solidarisches Wirtschaften in der argentinischen Gesellschaft*, in: Altvater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 85-91.
- Villablanca, O. (2010): Interview im Dezember 2010, Neuquén, Argentinien.
- Žižek, S. (2010): A permanent economic emergency, *New Left Review*, 64, London, 85-95.